

Abschied vom Mythos: Die CSU auf dem Weg zu einer „fast normalen Partei“

Michael Weigl



Michael Weigl.
Wissenschaftlicher Assistent am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Leiter der Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P).

Zusammenfassung:

Der greifbare Wandel der CSU-Machtarchitektur drängt die Frage nach den Ursachen und den Konsequenzen dieser Entwicklung auf. Argumentiert wird, dass die Neuaufstellung der Partei dem zugespitzten Dualismus von Modernität und Konservativismus geschuldet ist, eine Auflösung dieses Spannungsfeldes aber noch aussteht.

Die Urnengänge der Jahre 2008/2009 gerieten zum Trauma der CSU. Sowohl bei den Kommunal- (40%, - 5,5 Prozentpunkte) und Landtagswahlen (43,4%, - 17,3) als auch bei den Europa- (48,1%, - 9,3) und Bundestagswahlen (42,5%, - 6,7) büßte die Partei massiv an Zustimmung ein. Verloren ging dabei nicht nur der Nimbus der Unbesiegbarkeit als „50+x-Partei“, sondern auch die früher demonstrativ zur Schau getragene, vor christlich-sozialem Selbstbewusstsein strotzende „Mia san Mia“-Mentalität. Bis zum März 2011 schien es ausgemachte Sache, dass die Zeit des Parteivorsitzenden Horst Seehofer nur Episode bleibe. Mit dem Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg infolge der Plagiats-Affäre aber avancierte der Bayerische Ministerpräsident doch noch zum tatsächlich starken, denn alternativlosen Parteivorsitzenden. Seehofer gelang es, die Partei in Umfragen bei rund 48% zu stabilisieren und ihr den Glauben an eine mögliche Rückeroberung der absoluten Mandatsmehrheit bei den anstehenden Landtagswahlen 2013 zurückzugeben. Die CSU und mit ihr das „Premiumland“ Bayern sind – so die wiederholte Botschaft Seehofers – wieder in der Spur. Doch sind damit tatsächliche alle Spekulationen von 2008, die CSU befinde sich auf dem Weg zu einer „normalen“ Partei (z.B. Reinecke 2008), vom Tisch?

Die CSU wieder in der Spur

Die essayistische Verdichtung des Niedergangs der CSU auf das Bild der „normalen Partei“ drückte vorerst nicht mehr aus als die Prognose, dass die Partei künftig mit Wahlergebnissen unterhalb der magischen 50-Prozent-Marke rechnen und damit den dauerhaften Abschied von der bayerischen Alleinregierungspartei vollziehen müsse. De facto aber hätte eine solche Entwicklung weitreichende Konsequenzen (vgl. Weigl 2011):

- weniger Handlungsspielräume – Die Partei hätte künftig im Falle von Koalitionsregierungen weniger Handlungsspielräume der Politikgestaltung im Freistaat wie im Bund. Sie müsste lernen, Kompromisse einzugehen und diese zu erklären.
- Machtarchitektur – Die gesamte Machtarchitektur der CSU würde damit auf den Prüfstand gestellt, könnte doch die parlamentarische Handlungseinheit aus Bayerischer Staatsregierung und Regierungsmehrheit im Bayerischen Landtag nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie früher innerparteiliche Legitimation mit dem Hinweis beanspruchen, CSU-Politik „pur“ formulieren zu können.
- Parteienwettbewerb – Schließlich müsste sich die CSU auch im Parteienwettbewerb neuer Strategien bedienen. Sie müsste lernen, Politik ohne den Mythos der Einzigartigkeit zu betreiben, die Opposition, die ihr über Jahrzehnte kaum der Rede wert war, ernst zu nehmen.

Dass der Zwang, eine Koalitionsregierung nach Jahrzehnten der Alleinregierung eingehen zu müssen, auch Anpassungsleistungen der CSU nach sich zog, erscheint selbstverständlich. Im Zentrum des vorliegenden Beitrages steht daher die Frage, inwieweit zu identifizierende Wandelprozesse der parteiinternen Machtarchitektur seit 2008 tatsächlich „nur“ diesem veränderten Regierungsdesign geschuldet sind, sie bei einer eventuellen Rückgewinnung der absoluten Mandatsmehrheit im Freistaat also wieder umkehrbaren wären, oder ob sie doch auf weitergehende Ursachen zurückzuführen sind, die ein „Zurück in die Zukunft“ unmöglich machen. Argumentativ wird dabei in einem Dreischritt vorgegangen: Nach der skizzenhaften Darlegung von Wandelprozessen der parteiinternen Machtarchitektur nach 2008 werden in einem zweiten Schritt die Ursachen dieses Befundes herausgearbeitet. Schließlich folgt in einem dritten Schritt die Erörterung der Konsequenzen der identifizierten Wandelprozesse der CSU hinsichtlich ihrer Aufstellung im Parteienwettbewerb.

1. Der Befund: Emanzipation der Basis und der Machtzentren

An der grundsätzlichen Machtarchitektur der CSU, wie sie Andreas Kießling 2004 (19 f., 97-148, bes. 146) herausgearbeitet hat, hat sich auch nach 2008 wenig geändert. Weiterhin sind vier „Machtzentren“ der Partei zu identifizieren – der Parteivorsitzende mit der CSU-Landesleitung, die Bayerische Staatsregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, die Bayerische CSU-Landtagsfraktion und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag –, die unterschiedliche Funktionen erfüllen und durch die Politikarenen Parteienwettbewerb, Binnenprozesse und Föderalismus miteinander verbunden sind. Die Balance dieser Machtarchitektur aber wurde zuletzt vermehrt in Frage gestellt: (vgl. Weigl 2012)

- CSU-Landesgruppe – Tendenziell an Selbstbewusstsein gewonnen hat die CSU-Landesgruppe. Während sich ihr Vorsitzender Peter Ramsauer mit öffentlicher Kritik zurückhielt, folgte ihm mit Hans-Peter Friedrich 2009 ein Mann an der Spitze

der CSU-Landesgruppe nach, der sich mit deutlichen Worten gegenüber München nicht zurückhielt. Die Wortgefechte zwischen Friedrich und den Münchner „Parteifreunden“ im März 2010, in denen Friedrich von „störenden“ Äußerungen „nicht zuständiger Politiker aus dem Süden des Landes“ (zitiert nach: Buchsteiner 2010) sprach, stehen hierfür beispielhaft. Seine Nachfolgerin Gerda Hasselfeldt wiederum kündigte bei ihrem Amtsantritt an, die Eigenständigkeit der Landesgruppe gegenüber der Parteispitze groß schreiben zu wollen (vgl. Fried 2011). Beobachter allerdings konstatieren gemeinhin, dass es ihr bislang nicht gelungen sei, den innerparteilichen Einfluss der Landesgruppe aufrecht zu halten, was auch daran liegt, dass Seehofer vor allem die Bundespolitik nutzt, um das Profil seiner Person und der Partei zu schärfen. Dass er aber derart die Bundespolitik der Partei oftmals als „Chefsache“ betreibt, lässt das Verhältnis zwischen ihm und der CSU-Landesgruppe als labil erscheinen. Als Seehofer beispielsweise 2012 wiederholt mit dem Bruch der Koalition drohte, sollte seine Forderung nach einem Betreuungsgeld nicht verwirklicht werden, stieß dies in weiten Teilen der CSU-Landesgruppe auf Unverständnis.

- Auch die CSU-Europagruppe hat sich nur mühsam zu einem „Burgfrieden“ mit der Münchner Parteileitung angesichts des Wahljahres 2013 durchringen können. Die wiederkehrenden Auseinandersetzungen zwischen der CSU-Europagruppe und der CSU-Parteizentrale um den europapolitischen Kurs der Partei gehören zu den Konstanten der vergangenen Jahre. Als z.B. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt 2009 dafür plädierte, dass europapolitische Stellungnahmen des Bundestages künftig für die Bundesregierung verbindlich sein sollten, erntete er hierfür massive Kritik aus Reihen der CSU-Europaparlamentarier. Noch fällt es den CSU-Europaparlamentariern schwer, die Deutungshoheit zu europapolitischen Themen innerhalb der CSU einzufordern. Allerdings wird es für die Parteileitung zunehmend schwieriger, ihre Interessen zu ignorieren, auch weil das Europäische Parlament längst nicht mehr Abstellgleis innerhalb der CSU ist, sondern reelle Karrierechancen in der Partei bietet. Markus Ferber und Manfred Weber, die beide den Bezirksvorsitz von Schwaben (Ferber) respektive Niederbayern (Weber) nach Antritt ihres Mandates im Europaparlament gewannen, stehen hierfür beispielhaft. CSU-Europagruppe
- Schließlich demonstrierten in jüngster Zeit auch die kommunalen und regionalen Parteigliederungen ihr Selbstbewusstsein augenfällig. Die CSU-Bezirksverbände als Transmissionsriemen zwischen Basis und Parteispitze wehrten sich zuletzt auch öffentlich massiv, sahen sie ihre Interessen durch Vorhaben und Stellungnahmen der Parteileitung bedroht, beispielsweise als Seehofer Monika Hohlmeier als Spitzenkandidatin zur Europawahl 2009 gegen den Willen der Bezirke durchsetzen wollte oder der Schlussbericht des von der Staatsregierung eingesetzten Zukunftsrates Ängste schürte, der ländliche Raum könne künftig von Investitionen abgehängt werden. Und auch die lokalen Mandatsträger und Funktionäre der Partei sind inzwischen schneller als früher gewillt, öffentlich kritisch gegen die eigene Parteileitung Stellung zu beziehen. Beispielhaft hierfür steht der Rücktritt von Innenstaatssekretär Bernd Weiß im Oktober 2009, CSU-
Bezirksverbände

der sich zur Demonstration des Unmuts kommunaler CSU-Mandatsträger ausweitete.¹

Machtbalance Die Machtzentren und auch die Basis der CSU traten nach 2008 selbstbewusst für ihre eigenen Interessen ein und wiesen die Parteispitze wiederholt in die Schranken. Allein der Landtagsfraktion, eingebunden in Abstimmungsroutinen mit dem Bündnispartner FDP, fehlte hierfür zumeist das innerparteiliche Gewicht. Gleichwohl bleibt der Befund ambivalent, ist doch ebenso zu konstatieren, dass solche öffentlich ausgetragenen Spannungen zwischen den Parteigliederungen und der Parteispitze seit 2011 wieder nachgelassen haben. Die Machtzentren sind enger zusammengerückt, begegnen sich aktuell mehr denn früher auf Augenhöhe. Die Machtbalance der CSU wurde nach dem Trauma der Landtagswahl 2008 neu austariert. Im Gegensatz zu seinen ersten Jahren als Parteivorsitzender aber wird Seehofer zuletzt wieder vermehrt zugestanden, der Partei strukturell wie programmatisch die Richtung zu weisen. Beispiele hierfür sind das 2012 initiierte Projekt eines schuldenfreien Bayerns im Jahr 2030 oder seine Ankündigung vom Herbst 2012, seine Nachfolgeregelung zur Chefsache machen zu wollen.

Führungsstil Zwar ist Seehofer weiterhin ein von weiten Teilen der Partei nicht geliebter, nur akzeptierter Parteivorsitzender. Wie groß der Unmut an seinem Führungsstil ist, ließ sich u. a. erkennen, als die CSU-Landtagsfraktion dem Bayerischen Finanzminister Markus Söder im Dezember 2012 demonstrativen Beifall spendete, nachdem dieser von Seehofer öffentlich als „vom eigenen Ehrgeiz zerfressener Charakterschwächling“ (zitiert nach Müller 2012) bezeichnet worden war. Das früher beinahe uneingeschränkt in der CSU gültige Credo der Geschlossenheit nach außen, das nach 2008 massiv gelitten hatte, aber kommt angesichts der bevorstehenden Wahlen 2013 wieder deutlicher zum Tragen. Eine eindeutige Bewertung der Wandelprozesse der CSU-Machtarchitektur hinsichtlich der Frage, ob die Partei sich nachhaltig neu aufgestellt hat oder tendenziell doch wieder zu alten Strukturen autoritärer Führung (vgl. Mintzel 1975: 508) zurückkehrt, kann so ohne Analyse der Ursachen der Aufbegehrens nach 2008 nicht erfolgen.

2. Die Ursachen: Das Spannungsfeld Tradition – Moderne

CSU-Chaostage Als am Abend des 28. September 2008 das desaströse Landtagswahlergebnis über die Bildschirme flimmerte, war klar, dass sich die Partei würde neu aufstellen müssen. Nicht zuletzt seiner Beliebtheit an der Parteibasis und seinen wenig überzeugenden Gegenkandidaten für das Ministerpräsidentenamt war es geschuldet, dass der große Sieger der nun folgenden „CSU-Chaostage“ Horst Seehofer hieß, der neben dem Parteivorsitz auch das höchste bayerische Staatsamt übernahm. Allerdings vertraute die Partei ihrer eigenen Personalrochade nicht so recht. Seehofer war nicht der neue starke Mann an der Parteispitze, sondern der mit Skepsis beobachtete. Dass mit dem Zwang, eine Koalition in Bayern eingehen zu müssen, die frühere Selbstverständlichkeit der Machtansprüche von Ministerpräsident und Landtagsfraktion innerhalb der CSU gelit-

ten hatten, erschwerte die Ausgangslage für Seehofer weiter. Mit dem Verlust an Gestaltungsspielräumen und Handlungskorridoren in Staatsregierung und Landtagsfraktion entstand ein machtpolitisches Vakuum, das auszufüllen praktisch alle anderen Akteure der Partei gleichermaßen anstrebten: „Da [2008/09] gab es viele Vorgänger, potenzielle Nachfolger und jede Menge Enttäuschte. Und Sie müssen schauen, dass der ganze Laden zusammenhält. Das ist für einen Parteivorsitzenden manchmal schwierig.“ (Horst Seehofer, zitiert nach Rossmann/Szymanski 2012)

Die jahrzehntelange Machtbalance der CSU in Zeiten der Dominanz basierte auf dem Nebeneinander verschiedener miteinander konkurrierender Machtzentren, kannte gleichzeitig aber hierarchische Muster. Nach 2008 wurde diese Machtbalance neu austariert. Aus dem Gleichgewicht geraten aber war sie bereits früher. Schon 1999, als Edmund Stoiber Innenminister Alfred Sauter als den alleinigen Schuldigen der Affäre um die Landeswohnungsbaugesellschaft (LWS) ausgemacht hatte, machte „der Begriff von der ‚Ein-Mann-Demokratie‘ (...) wieder die Runde, aber mit dem Zusatz: ‚Die Zeiten von Strauß sind vorbei!‘“ (Burger 1999) Während damals der Unmut aber noch zumeist intern kanalisiert werden konnte, brach er sich seit 2003 zunehmend auch in der Öffentlichkeit Bahn.

hierarchische Muster

Die nach der Landtagswahl 2003 eingeleiteten Sparmaßnahmen mit dem Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes gingen „an den Bedürfnissen und Interessen weiter Kreise der Bevölkerung“ (Schultze/Grasnack 2009: 35) vorbei – auch der eigenen Kernklientel. Indem es Ministerpräsident Stoiber versäumte, die Reform im Sinne eines integrierenden Ideen-Managements zu einem Projekt der ganzen CSU zu machen, die Landtagsabgeordneten beispielsweise nur korrigierend, kaum aber gestaltend eingreifen konnten, sank auch deren Motivation der Solidarisierung mit dem Parteivorsitzenden und seiner Verteidigung in Diskussionen mit aufgebrachtten Bürgern. Der Unmut der Basis und der in den Stimmkreisen verwurzelten Parlamentarier der Partei intensivierte sich und konnte von der Parteileitung immer weniger eingehegt werden. Der Verzicht Stoibers auf einen Ministerposten in der Bundesregierung 2005, die „Affäre Pauli“ zur Jahreswende 2006/07, der die Partei acht Monate lang lähmende Zweikampf zwischen Erwin Huber und Horst Seehofer um die Nachfolge Edmund Stoibers 2007, Missgeschicke und offensichtliche Fehler in der Wahlkampfführung 2008 und für die CSU negative Begleitumstände der Wahlkämpfe wie der Skandal um die Milliardenverluste der BayernLB trugen des Weiteren – und unter anderem – ihren Teil dazu bei, dass 2008 selbst die eigenen Anhänger in der Mehrheit keine Fortsetzung einer CSU-Alleinregierung wünschten. (vgl. forsa 2008; Schultze/Grasnack 2009)

Unmut der Basis

Unter den veränderten Vorzeichen von Koalitionsregierung und Wahltrauma begann die Partei nach der Landtagswahl 2008 und der Bundestagswahl 2009, ihre Machtarchitektur zu modifizieren. Diese, noch nicht abgeschlossene Neuformierung aber ist von grundsätzlicherer Art als das Austarieren der Machtbalance, wie es in jeder Umbruchphase der Partei zu beobachten war. Auch ist sie mehr als die der CSU traditionell zugeschriebenen „Irrationalitäten, Machtkämpfe und Klüngeleien“ (Müller 2004: 227) an der Parteispitze. Die parlamentarischen Machtzentren der Partei sind nicht mehr gewillt, einer Persönlichkeit an

der Spitze allein die Führung der Partei zu überlassen. Sie verlangen nach mehr Mitsprache, nach mehr Absprache. Zu grundsätzlich ist damit die Kritik, als dass selbst bei einer nochmaligen Erringung einer absoluten Mandatsmehrheit in Bayern ein gänzlich zurück zu alten hierarchischen Machtformationen möglich erscheint. Die Partei holt jetzt nach, was sie zuvor vernachlässigt hat.

Über Jahrzehnte hinweg galt es als eines der Erfolgsrezepte der CSU, sich den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nicht zu verschließen, sondern sie in sich aufzunehmen und programmatisch aufzulösen: „Die CSU bezieht ihre wesentliche Stärke daraus, dass sie in einer phänomenalen Weise über Jahrzehnte hinweg in der Lage war, sich entsprechend den Zeichen der Zeit immer wieder weiterzuentwickeln.“ (Alois Glück, zitiert nach Hinz/Kuzmany 2002) Inzwischen jedoch ist der gesellschaftliche Abschied von als traditionell konservativ verstandenen Werten und Positionen so weit gediehen, dass sich die CSU grundsätzlich herausgefordert sieht.

postindustrielle
Konfliktlinie

Das Entstehen einer neuen, postindustriellen Konfliktlinie (vgl. u.a. Inglehart 1977) als Gegensatz zwischen alter (Wachstum, Versorgung, Sicherheit) und neuer (Gleichberechtigung, Partizipation, Frieden, Schutz der Umwelt) Politik in den 1970er Jahren beantwortete die CSU ganz im Sinne eines Festhaltens an ihren herkömmlichen Politikvorstellungen, die sie in der Folge sogar noch pointierter formulierte und durchzusetzen versuchte. Lange Zeit blieb diese Abwehrhaltung gegenüber Tendenzen des Wertewandels in der CSU unhinterfragt, nicht nur wegen anhaltender Wahlerfolge und dem im eigenen Narrativ internalisierten Glauben, der Moderne durch eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik („Laptop und Lederhosen“) hinreichend Rechnung zu tragen. Auch half die der Entstehung der Konfliktlinie vorhergehende hochpolitisierte Auseinandersetzung, die sich mit der Chiffre „68“ verbindet, nicht nur Willy Brandt mit seinem Anspruch „Mehr Demokratie zu wagen“ zum Mythos zu werden, und legte den Grundstein für die Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen (vgl. Roth/Rucht 2008), sondern trieb auch viele Konservative in die Politik. (vgl. z.B. Stoiber 2012: 31) Gerade diese Generation, politisch sozialisiert in der Auseinandersetzung um Fragen alter und neuer Politik aber hielt in Zeiten, da die neue Konfliktlinie auch im bürgerlichen Lager zu wirken begann und in die Partei selbst getragen wurde, nunmehr die Ruder der CSU in Händen. Libertäre Werthaltungen wie Selbstverwirklichung, Multikulturalität oder non-konformistische Lebensstile (vgl. Niedermayer 2008: 33) blieben für sie hoch ideologisch aufgeladen und damit suspekt. Dass der Wertewandel auch in der bayerischen Bevölkerung zunehmend Spuren hinterließ (vgl. z.B. Hanns-Seidel-Stiftung 2010), konnte diese Haltung aber nicht verhindern. Das Spannungsfeld von postmaterialistisch geprägter Moderne und konservativ-materialistischem Markenkern, dem sich die CSU ausgesetzt sieht, ist für die Partei so zunehmend schwieriger auszutarieren geworden, zumal sich die Ausdifferenzierung von Milieus und Einstellungen und die Erosion des Konservativen auch in ihr als Volkspartei widerspiegeln. Auch die Partei selbst ist in sich vielfältiger, vielstimmiger geworden. Nicht nur die Gesellschaft, auch die CSU ist heute entideologischer als noch vor Jahrzehnten: „Zu meiner Zeit [!] ist man in die CSU vor allem aus Gesinnung eingetreten.“ (Edmund Stoiber, zitiert nach Backhaus 2012)

Nicht nur von Seiten der Wähler, auch aus ihren eigenen Reihen sieht sich die Parteispitze zunehmend mit der Forderung konfrontiert, zusammenzubringen, was immer weniger zusammenpasst. Zunehmend ideologiefreie parteiexterne wie parteiinterne Öffentlichkeiten verlangen nach einem scharfen Parteiprofil, stigmatisieren zu viel Grundsätzlichkeit aber als unmodern. Im Zuge der Bundestagswahl 2009 ergriff der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes Niederbayern und Mitglied des Europäischen Parlaments, Manfred Weber, die Initiative und veröffentlichte bereits am Montag nach der Wahl ein internes Strategiepapier zur Zukunft der Partei, in dem er eine „Neudefinition einer christlich-konservativ-liberalen Politik“ forderte (vgl. Weber 2009). Ein solche Rückbesinnung auf die Wurzeln aber fällt der CSU immer schwerer, da diese in der Gesellschaft wie auch in der eigenen Partei zunehmend verdorren. Was gemeinhin als konservativ verstanden wird – z.B. ein traditionelles Familienbild oder restriktive Positionen im Politikfeld der Innere Sicherheit –, ist immer weniger mehrheitsfähig, weder in der Öffentlichkeit, noch in der CSU selbst. Jegliches Abrücken von solchen Positionen aber bedeutet auch ein Abrücken vom öffentlichen Verständnis konservativer Politik.

Neudefinition
christlich-
konservativ-liberale
Politik

Die CSU ist eine Partei der Interessengegensätze, nicht der ausgeprägten Flügel. So war es mit Ausnahme des ersten Jahrzehnts nach ihrer Gründung, und so ist es auch heute noch. Allerdings hat sich der Dissens zwischen Traditionalisten und Modernisierern in der Partei gerade im letzten Jahrzehnt verschärft. Dies betrifft einerseits die programmatische Aufstellung. Dies betrifft aber ebenso die innerparteiliche Diskussionskultur und ihr Verständnis von Führung. Noch Franz Josef Strauß konnte zumeist ‚herrschen‘, Edmund Stoiber hingegen erntete für seinen autoritären Führungsstil bereits massive Kritik nach 2003 (vgl. Reithmeier 2013). Horst Seehofer nunmehr bekam die veränderten Partizipationswünsche der Parteigliederungen und der Basis überdeutlich zu spüren. Diese aber sind kein Strohfeuer, nur dem Trauma der Urnengänge 2008/09 geschuldet, sondern Abbilder gesellschaftlicher Wandlungsprozesse innerhalb der Partei selbst. Die CSU wäre deshalb mittelfristig an einer schwierigen Neuformierung ihrer Machtarchitektur, die der Moderne durch eine Anpassung ihrer Programmatik wie ihrer Partizipationskultur Rechnung trägt, nicht vorbei gekommen. Die Situation 2008 hat diesen längst eingeleiteten Prozess nur beschleunigt. Er wird deshalb auch nicht wieder rückgängig zu machen sein, sollte der CSU tatsächlich die Rückgewinnung der absoluten Mandatsmehrheit bei der bayerischen Landtagswahl 2013 gelingen.

Partizipations-
wünsche

Noch ist Horst Seehofer darum bemüht, vom alten hierarchischen Führungsverständnis der CSU nur so weit abzurücken, wie unbedingt nötig. Einerseits bediente er die Wünsche der Basis und der Parteigliederungen nach mehr offenen und dialogischen Willensbildungsprozessen durch die Initiierung einer Parteistrukturereform oder die Unterstützung spezifischer Anliegen, beispielsweise der Einführung der durch die Frauen-Union initiierten Frauenquote. Gleichzeitig aber fordert er offensiv Loyalitäten zum Parteivorsitzenden ein und stellt genau diese mit über die Medien vermittelte Positionierungen und Zurechtweisungen von Parteifreunden auf eine harte Probe. Mittel- bis langfristig aber wird auch in der CSU mehr als bisher nicht so sehr die hierarchische Führung, sondern die Moderation die Führungsqualität der Parteiliten definieren (Walter 2009: 100).

Moderation als
Führungsqualität

3. Die Konsequenz: Die Intensivierung des Parteienwettbewerbs

Jahrzehntlang hatte sich der CSU-Mythos nicht zuletzt aus der Wahrnehmung der Partei als monolithischer Block inmitten einer sich stetig wandelnden politischen Landschaft gespeist; als Verfechterin einer Modernität, die ihre Kraft aus der Verwurzelung in der Tradition schöpft; als Partei, die Anpassungsleistungen an einen vermeintlichen Zeitgeist nicht nötig hatte. Das Festhalten an diesem Mythos aber erzeugte einen Reformstau, der sich angesichts der durch den Verlust der Alleinregierung 2008 sowieso in Frage gestellten innerparteilichen Machtbalance Bahn brach. Die Modernisierer innerhalb der CSU hielten dabei die besseren Karten in der Hand. 65 Prozent der Bayern verneinten 2008 die Aussage, die CSU sei eine moderne Partei (vgl. forsa 2008) – ein denkbar schlechter Wert angesichts eines mit der Landtagswahl 2008 dynamisierten Parteienwettbewerbs in Bayern.

Reformstau

Gleich mit mehreren Maßnahmen versuchte Seehofer nach seinem Amtsantritt, dem Negativimage der Partei entgegenzuwirken. Dem bayerischen Kabinett verordnete er einen Verjüngungskurs, mit der Strukturreform „Leitbild 2010plus“ sollte die CSU zur „frischesten, modernsten und offensten Partei in ganz Deutschland“ (Christlich-Soziale Union in Bayern 2010) werden. (vgl. Weigl 2011; Weigl 2012) Auch die CSU hatte erkannt, dass „die Art und Weise der Willensbildung (...) zu den Elementen [gehört], mit denen die politischen Parteien um die Gunst der Bürger streiten können“ (Rossi 2010: 104). Foren der Bürgerbeteiligung an politischen Diskursen im Netz baute die CSU auf allen Ebenen massiv aus, so die Initiative „Aufbruch Bayern“ der schwarzgelben Staatsregierung, die Aktion „Bayern gemeinsam bewegen“ der CSU-Landtagsfraktion und die Initiative „Zukunftsprogramm Herz.Heimat.Hightech“ des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern. Schließlich modernisierte die Partei auch das Erscheinungsbild ihrer Großveranstaltungen, mit Kongressen macht sie z.B. ihre Netzwerkarbeit öffentlichkeitswirksam.

„Leitbild 2010plus“

Zukunftsprogramm
Herz.Heimat.
Hightech

Auch programmatisch stellte sich die Partei nach 2008 neu auf. (vgl. Weigl 2013) Als sich Seehofer beispielsweise unmittelbar nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011 zum Vorreiter des Politikwechsels der Berliner Regierungskoalition weg von der Atomkraft aufschwang, widersprach dies allen zuvor gegebenen Positionsbekundungen der Partei. Auch mit der kurz darauf eingeleiteten Energiewende im Freistaat folgte Seehofer seinem Ziel, die „CSU grüner machen“ (zitiert nach: Gerwien/Vornbäumen 2010) zu wollen, sie stärker im postmaterialistischen Wertesegment zu verankern. Zu Nutzen machte sich Seehofer dabei den Umstand, dass mit dem immer stärker ausgeprägten innerparteilichen Spannungsfeld von Moderne und Konservatismus auch die Themen, die für die CSU identitätsstiftenden Wert haben und zu denen es daher ein eindeutiges Meinungsbild in der Partei gibt, stetig weniger werden. Die Forcierung des Atomausstiegs und der Energiewende sind hierfür bestes Beispiel. Schon länger war die Kernenergie mehr nach außen inszenierter denn nach innen gelebter Markenkern der Partei. Für manche außen- und sicherheitspolitische Experten der CSU blieb sie Herzensanliegen.

CSU grüner machen

Die breite Masse der Partei aber wusste sie – und waren die Argumente für ihre Beibehaltung noch so stichhaltig – nicht mehr zu mobilisieren; seit Ende der Blockkonfrontation immer weniger. Das Zukunftsthema „regenerative Energien“ ist dagegen längst auch in der CSU-Wählerschaft, allen voran bei den Landwirten, angekommen. (vgl. z.B. Hirscher 2012) Indem der Konservatismus als identitätsstiftendes Moment der Partei uneindeutiger geworden ist, eröffnen sich für die Führungsspitze neue Handlungsspielräume, z.B. hinsichtlich plötzlicher Politikwechsel, die bei einer heterogenen Interessenlage in den eigenen Reihen leichter zu bewerkstelligen sind. Gleichzeitig aber fällt es zunehmend schwerer, loyale Gefolgschaft zu rekrutieren, da das für „Gefährten“ notwendige ideelle Band brüchiger geworden ist. Mit jeder Entscheidung ist noch viel stärker als früher die Gefahr verbunden, jemanden zu verschrecken – nicht nur unter den Wählern, sondern gleichsam in der eigenen Partei.

regenerative
Energien

So modern sich die Partei in ihrer Außendarstellung inzwischen zu geben versucht, die eigentliche Ursache ihrer nunmehr notwendig gewordenen Neuaufstellung aber – die Lösung des Spannungsfeldes zwischen Modernität und Konservatismus – ist bislang nicht gelungen. Der Erfolg Bayerns als Wirtschafts- und Innovationsland ist unbestritten. Selbst die Oppositionsparteien verzichten weitgehend darauf, die wirtschaftspolitische Kompetenz der CSU zu attackieren. Auch bleibt die CSU bei der den Parteien zugeschriebenen wirtschaftspolitischen Kompetenz unangefochten die Nummer Eins im Freistaat. Zu dieser materialistischen Erfolgsdeutung aber ist seit den 1970er Jahren zunehmend eine postmaterialistische Interpretation von Erfolg getreten, für die die CSU bislang kein hinreichendes Narrativ gefunden hat. Als klassisch postmaterialistisch geltende Politikfelder wie die Gesundheits- oder Bildungspolitik hat die CSU durchaus nicht vernachlässigt, im Gegenteil. Auch die Umweltpolitik hat sie frühzeitig begonnen zu bearbeiten – wenn auch nur halbherzig. (vgl. Kohout 2013; Egleder 2010) Die Frage aber, wann diese Politik als Erfolg zu deuten wäre, weiß sie nicht aus eigener Kraft zu beantworten. Sie muss sich so dem öffentlichen Urteil beugen und verliert dabei an Agenda-Setter-Qualität. Die Begründung eines postmaterialistischen Konservatismus als Narrativ der Moderne steht weiter aus.

postmaterialistischer
Konservatismus

Die CSU inszeniert sich seit 2008 als Partei einer Moderne, definiert aber nicht selbst, wie diese zu verstehen ist. Die Beharrung auf einem Betreuungsgeld oder die Ablehnung der Gleichstellung von Ehe und Familie mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften sind der Versuch, das eigene konservative Profil zu bewahren. Doch ist auch bei diesen Themen längst kein einheitliches Meinungsbild mehr in der CSU vorhanden. Es ist so abzusehen, dass sich die Partei auch bei diesen Themen langfristig neu aufstellen wird. Ihre früher einzigartige Bindungskraft im konservativ-liberalen („bürgerlichen“) Lager aber, die sie über Jahrzehnte hinweg zu Erfolgen über 50+x getragen hat, muss so immer wieder neu erkämpft werden. 2002 konstatierte der damalige CSU-Landtagsfraktionsvorsitzende Alois Glück, dass „die Spannung von Tradition und Fortschritt (...) typisch für das Land und für die CSU“ seien: „Diese Verbindung ist natürlich auch von der CSU bewusst gepflegt worden, denn es ist die stärkste Klammer, die das gesamte bürgerliche Spektrum politisch bindet.“ (zitiert nach: Hinz/Kuzmany 2002) Dass dies auch heute noch gilt, legt die

Stabilität des bürgerlichen Lagers bei bayerischen Landtagswahlen nahe. (vgl. Kießling 2008) Weiterhin gilt, dass die Parteien des sozialdemokratisch-ökologischen Lagers um ca. 30 bis 35 Prozent der bayerischen Wählerstimmen wetteifern, während die bürgerlichen Parteien gut 60 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Allerdings sind es nicht mehr eine oder wenige Klammern, die verbinden. Vielmehr haben sich die Vorstellungen davon, was Tradition und was Fortschritt ausmacht, soweit ausdifferenziert, dass sie kaum noch von einer einzigen Partei abgebildet werden können. Die Pluralisierung des „bürgerlichen“ Lagers bei der Landtagswahl 2008 war die logische Konsequenz. Statt wie zuvor eine Partei (CSU), zogen nun drei „bürgerliche“ Parteien (CSU, Freie Wähler, FDP) ins Maximilianeum ein; hinzu kommen die Grünen, die an der Schnittstelle zwischen dem liberal-konservativen Lager und dem sozialdemokratisch-ökologischen Lager gleichfalls um Wählerstimmen aus dem „bürgerlichen“ Lager werben. Diese Ausdifferenzierung des eigenen Lagers zu verhindern, die liberal-konservativen Wähler wieder geschlossener hinter der CSU zu versammeln, ist die eigentliche Herausforderung, mit der sich die CSU im Parteienwettbewerb konfrontiert sieht.

Pluralisierung des
„bürgerlichen“
Lagers

Ihre wirklichen Konkurrenten erblickt die Partei heute wie früher in den Parteien des konservativ-liberalen Lagers. Während jedoch früher die CSU nur zuweilen aufgeschreckt wurde, wenn sich eine andere Partei anschickte, sich rechts von ihr zu etablieren (so z.B. die Republikaner Ende der 1980er Jahre), wird die intensivierete Auseinandersetzung mit den Parteien des liberal-konservativen Lagers nunmehr zum Regelfall. Einen Vorgeschmack darauf hat der Bundestagswahlkampf 2009 gegeben, den Seehofer – interner Kritik zum Trotz – als „Anti-FDP-Wahlkampf“ inszenierte. Auch in seinem Koalitionsmanagement ging er auf den liberalen Koalitionspartner nur so weit zu, wie unbedingt nötig, und suchte stattdessen häufig den Konflikt. (vgl. Kolasinac 2013)

Statt wie früher in Zeiten der Alleinregierung die CSU zu „verstaatlichen“, unterwarf Seehofer sein Regierungshandeln dem „Primat der Parteipolitik“ (Reithmeier 2013). Zwar könnte sich diese Parteipolitisierung bayerischen Regierungshandelns wieder abschwächen, sollte der CSU eine Rückeroberung der absoluten Mandatsmehrheit gelingen. Dadurch aber, dass sie sich ihrer Mehrheit nicht mehr sicher sein kann, Alleinregierungen und Koalitionsbündnisse fortan gleichberechtigte Optionen bayerischer Regierungsbildung sind, wird sie es sich künftig, gleichgültig bei welchem Regierungsdesign, nicht mehr leisten können, sich als quasi außerhalb des Parteienwettbewerbs stehende „Staatspartei“ zu inszenieren. Damit aber ist die CSU eine „fast normale“ Partei: Immer noch außergewöhnlich stark in ihren Wahlergebnissen, als einzige Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch immer noch einzigartig in der deutschen Parteienlandschaft. Beraubt aber des Besonderen, des „Mythischen“, das sie allzeit umgab. Das Prinzip der Führung hat sich abgeschliffen – innerparteilich in ihrer Machtarchitektur wie nach außen in ihrer Positionierung im bayerischen Parteienwettbewerb.

Primat der
Parteipolitik

Staatspartei

Anmerkung

- 1 Weiß hatte mit den bayerischen Kommunen einen Kompromiss zur Finanzierung des Digitalfunks für Polizei und Rettungsdienste ausgehandelt. Dann jedoch, als scheinbar alles in trockenen Tüchern war, versagte ihm Finanzminister Georg Fahrenschon mit Rückendeckung Seehofers die Zustimmung.

Literatur

- Backhaus, Michael (2012): „Wir müssen unsere Demokratie renovieren“, in: Bild am Sonntag v. 23.09.2012.
- Buchsteiner, Rasmus (2010): Aufstand gegen „die in München“, in: Passauer Neue Presse v. 04.03.2010.
- Burger, Hannes (1999): CSU-Abgeordnete im Landtag sind sauer auf Stoiber, in: Die Welt v. 17.09.1999.
- Christlich-Soziale Union in Bayern (2010): Wir machen Zukunft. Gemeinsam. Leitbild 2010plus, München.
- Egleder, Julia (2010): Umweltpolitik aus Verantwortung für die Schöpfung? CSU und Ökologie zwischen Programmatik, Publicity und Praxis, in: Hopp, Gerhard/Sebaldt, Martin/Zeitler, Benjamin (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden: 207-218.
- forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH (forsa) (2008): Meinungsumfrage zur bayerischen Landtagswahl. Erhoben im Auftrag von Antenne Bayern und Stern.de. Veröffentlicht: 17.09.2008, Berlin/München/Hamburg.
- Fried, Nico (2011): Eine Frau folgt Friedrich, in: Süddeutsche Zeitung v. 15.03.2011.
- Gerwien, Tilman/Vornbäumen, Axel: Horst Seehofer, in: Stern, Nr. 14/2010 v. 31.03.2010.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): 2000: Wertewandel, gesellschaftlicher Wandel und politisches System im Freistaat Bayern, München.
- Hinz, Oliver/Kuzmany, Stefan (2002): „Das macht letztlich die CSU aus!“, in: taz v. 06.04.2002.
- Hirscher, Gerhard (2012): Die Wahlergebnisse der CSU. Analysen und Interpretationen, München.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton.
- Kießling, Andreas (2004): Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden.
- Kießling, Andreas (2008): Das lange Ende der Ära Stoiber. Die CSU nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 83-100.
- Kohout, Franz 2013: Umweltpolitik, in: Glaab, Manuela/Weigl, Michael (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden, S. 331-341.
- Kolasinac, Jasmina (2013) Neuland für die Koalitionäre. Zur bayerischen Staatsregierung aus CSU und FDP 2008-2013, in: Glaab, Manuela/Weigl, Michael (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden, S. 133-141.
- Mintzel, Alf (1975): Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen.
- Müller, Frank (2012): Schimpfen bis der Chef kommt, in: Süddeutsche Zeitung v. 17.12.2012.
- Müller, Kay (2004): Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2008): Plädoyer für die Abschaffung der Links-Rechts-Dimension, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 5: 32-35.
- Reinecke, Stefan (2008): CSU in Schockstarre, in: taz vom 30.09.2008.
- Reithmeier, Michael (2013): „Landesvater“ oder „Alleinherrscher“: Zwei Modelle bayerischer Ministerpräsidenten, in: Glaab, Manuela/Weigl, Michael (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden, S. 99-116

- Rossi, Matthias (2010): Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung der innerparteilichen Willensbildung, in: Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Krüper, Julian (Hrsg.): (Partei-) Politik im Zeichen des Marketing, Baden-Baden, S. 79-104.
- Rossmann, Robert/Szymanski, Mike (2012): „Philipp Rösler macht es einem nicht leicht“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 241 v. 18.10.2012.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. Main/New York.
- Schultze, Rainer-Olaf/Grasnick, Jan 2009: Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40: 34-55.
- Stoiber, Edmund (2012): Weil die Welt sich ändert. Politik aus Leidenschaft – Erfahrungen und Perspektiven, München.
- Walter, Franz (2009): Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte vom Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld. (2. Aufl.).
- Weber, Manfred (2009): Für eine christlich-konservative Erneuerung. Kurzbewertung der Bundestagswahl – Neudefinition einer modernen Volkspartei, o.O. [Wildenberg].
- Weigl, Michael (2011): Auf dem Weg zu einer normalen Partei? Die CSU nach der Bundestagswahl 2009, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: 79-106.
- Weigl, Michael (2012): Die CSU: Abschied von der „Ein-Mann-Demokratie“, in: Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (Hrsg.): Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in den deutschen Parteien. Sonderband 2012 der Zeitschrift für Politikwissenschaft, Baden-Baden: 63-91.
- Weigl, Michael (2013): Die CSU. Akteure, Ausprägungen und Inhalte innerparteilicher Willensbildung, Baden-Baden. [im Erscheinen]